



KOF Bulletin

Nr. 184, Mai 2024

EDITORIAL 2

KONJUNKTUR UND FORSCHUNG

- «Die Schweiz steht unter Zugzwang» - KOF Direktor Jan-Egbert Sturm im Interview 3
- Die EU in der Krise – eine wirtschaftliche Bestandsaufnahme 6
- Warum Wahlen auch in starken Demokratien zu Steuerverschwendung führen können 10
- KOF Konjunkturumfragen: Schwieriges Fahrwasser für die Schweizer Konjunktur beruhigt sich 13

KOF INDIKATOREN

- KOF Beschäftigungsindikator: Abnahmetrend setzt sich auch im zweiten Quartal 2024 fort 16
- KOF Konjunkturbarometer: Leichte Erholung im April 18

AGENDA..... 19

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser

Nach den gescheiterten Verhandlungen über ein Rahmenabkommen spricht die Schweiz wieder mit der Europäischen Union über bilaterale Verträge. Ein Scheitern der Verhandlungen kann nach Einschätzung von KOF Direktor Jan-Egbert Sturm nicht ausgeschlossen werden. Die Schweiz stehe allerdings unter Zugzwang. «Das übrige Europa kann um die Schweiz herum agieren, auch wenn es für die EU mit einer integrierten Schweiz einfacher ist. Umgekehrt ist die Schweiz wirtschaftlich stark von Europa abhängig», sagt er im einführenden Interview.

Der zweite Beitrag analysiert vor den Europawahlen im Juni die wirtschaftliche Lage in den drei grössten Volkswirtschaften in der EU: Deutschland, Frankreich und Italien. Die Analyse ergibt, dass die Konjunktur unter anderem aufgrund der nachlassenden Inflation in der zweiten Jahreshälfte wieder anziehen dürfte, während das Erreichen eines höheren Wachstumspfad vom Gelingen wirtschaftspolitischer Reformen abhängig ist.

In Demokratien können Politiker oder Politikerinnen versucht sein, vor Wahlen verschwenderische Ausgaben zu tätigen, um die Wahlberechtigten von ihren wirtschaftlichen Verdiensten zu überzeugen. Eine solche fiskalische Manipulation wird traditionell mit einem uninformierten Wahlvolk in weniger entwickelten Demokratien in Verbindung gebracht. Der dritte Beitrag zeigt jedoch, dass Fiskalmanipulationen weiter verbreitet sind.

Das schwierige Fahrwasser für die Schweizer Wirtschaft beruhigt sich etwas. Die Inflationserwartungen der Unternehmen sinken und vom privaten Konsum könnten Impulse für die Schweizer Konjunktur ausgehen. Im Verarbeitenden Gewerbe entspannt sich die Geschäftslage, während sie sich im Baugewerbe etwas eintrübt. Das geht aus den KOF Konjunkturumfragen vom April hervor. Mehr dazu im vierten Beitrag.

Ich wünsche Ihnen eine gute Lektüre

Thomas Domjahn

KONJUNKTUR UND FORSCHUNG

«Die Schweiz steht unter Zugzwang»



Die Schweiz und die Europäische Union befinden sich derzeit in Verhandlungen über bilaterale Verträge. Dabei steht einiges auf dem Spiel. «Für die Schweiz ist es kaum vorstellbar, ohne eine solide Zusammenarbeit mit Europa weiterhin wirtschaftlich zu prosperieren», sagt KOF Direktor Jan-Egbert Sturm. Bild mit KI erzeugt.

KOF Direktor Jan-Egbert Sturm spricht über das Verhältnis der Schweiz zur Europäischen Union und analysiert die Chancen und Risiken bei den neuerlichen Verhandlungen zu den bilateralen Verträgen.



Prof. Dr. Jan-Egbert Sturm
Direktor KOF Konjunkturforschungsstelle

Nach den gescheiterten Verhandlungen zum Rahmenabkommen haben die Schweiz und die Europäische Union einen Anlauf für neue Verhandlungen gestartet. Wie optimistisch sind Sie, dass es diesmal mit einer Einigung klappt?

Auch wenn ich optimistisch bin, kann ein Scheitern nicht ausgeschlossen werden. Die Schweiz steht unter einem

gewissen Zugzwang. Das übrige Europa kann um die Schweiz herum agieren, auch wenn es für die EU mit einer integrierten Schweiz einfacher ist. Umgekehrt ist die Schweiz wirtschaftlich stark von Europa abhängig. Für die Schweiz ist es kaum vorstellbar, ohne eine solide Zusammenarbeit mit Europa weiterhin wirtschaftlich zu prosperieren.

Wie würden Sie derzeit das wirtschaftliche Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU charakterisieren?

Die Schweiz liegt im Herzen Europas und ist eine offene Volkswirtschaft. Trotz der Diskussion um eine «Deglobalisierung» ist die Schweiz tendenziell immer stärker in die Weltwirtschaft – und damit auch in die europäische Wirtschaft – integriert. Daher sind die wirtschaftlichen Beziehungen stärker denn je (siehe Grafik G 1).

«Ohne Zuwanderung hätte die Schweiz in den letzten 20 Jahren nicht so stark wirtschaftlich wachsen können.»

Jan-Egbert Sturm

Und wie ist das politische Verhältnis?

Politisch haben sich die Wogen nach den Irritationen auf Seiten der EU um den Abbruch der Verhandlungen vor drei Jahren wieder geglättet. Zudem ist der Brexit vollzogen und geregelt. Damals wollte die EU der Schweiz keine Zugeständnisse machen, welche die Verhandlungsposition der EU gegenüber Grossbritannien geschwächt hätte. Jetzt könnte für die Schweiz wieder mehr möglich sein.

Spürt die Schweiz schon konkrete Verschlechterungen dadurch, dass es noch keine Einigung mit der EU gibt?

Die meisten Prozesse verlaufen schleichend. Deshalb nehmen wir sie im Alltag nicht so wahr. Aber ohne einen zukunftsweisenden, gesicherten bilateralen Weg verliert die Schweiz Jahr für Jahr Zehntelprozentpunkte an Wach-

tum. Das hört sich nach wenig an, führt aber über die Jahre zu einem signifikanten Wohlstandsverlust. In der Wissenschaft beispielsweise wird es schwieriger, internationale Forschungsgelder zu akquirieren, was die Schweiz für Spitzenforschende weniger attraktiv macht. Dies könnte sich langfristig auf die Innovationskraft der Schweiz auswirken.

Was ist der grosse Streitpunkt bei den Verhandlungen mit der EU?

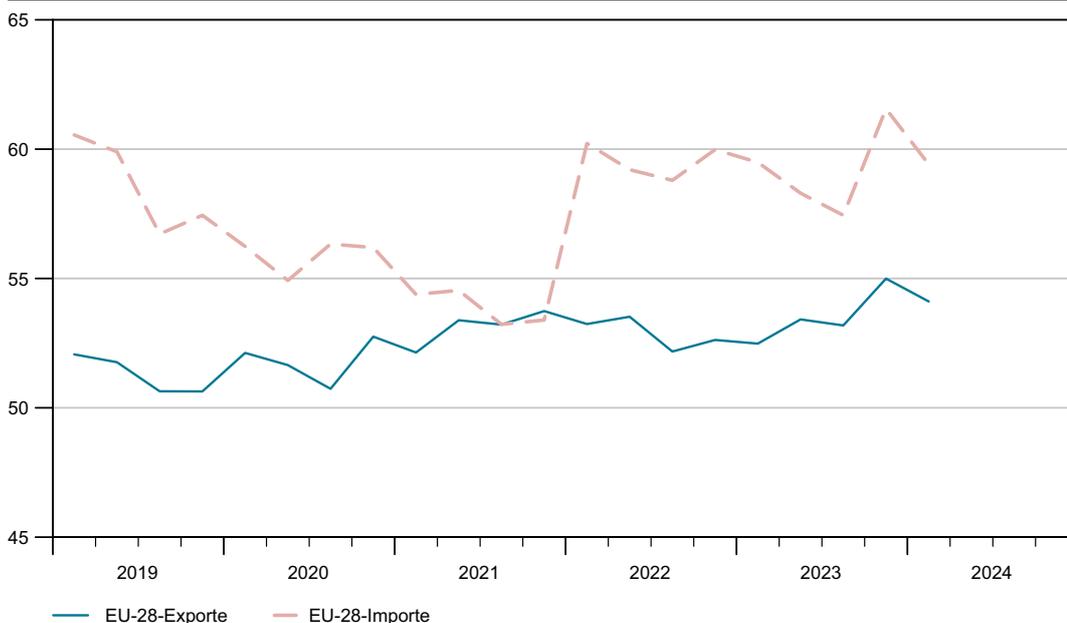
Es geht vor allem um die Regelung der Einwanderung. Dagegen gibt es in der Schweiz derzeit starken innenpolitischen Widerstand von einer Allianz aus dem rechten und linken Lager. Sowohl rechtspopulistische Kreise als auch die Gewerkschaften befürchten, dass eine zu starke Einwanderung die Situation der Schweizer Arbeitnehmenden bzw. der einheimischen Bevölkerung verschlechtert.

Die Briten hatten auch Bedenken gegen zu viel Einwanderung. Nach dem Brexit hatten sie einen Mangel an Erntehelfern und Erntehelferinnen, Lastwagenfahrern und Lastwagenfahrerinnen sowie an Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in den Schlachthöfen.

Ohne Zuwanderung hätte die Schweiz in den letzten 20 Jahren nicht so stark wirtschaftlich wachsen können. Der demographische Wandel wird den Bedarf an ausländischen Fachkräften in der Schweiz tendenziell weiter erhöhen. Insofern kann die Schweiz aus den Fehlern der Briten lernen.

G 1: Warenhandel der Schweiz mit der Europäischen Union

Anteil an den Gesamtexporten bzw. -Importen der Schweiz in Prozent (saisonbereinigt)



Falls es mit der EU zu keiner Einigung kommt, wäre es für die Schweiz auch eine Option, stärker in Ländern mit einer jüngeren Bevölkerung wie zum Beispiel Indien Fachkräfte zu rekrutieren?

Ja, rein wirtschaftlich gesehen schon. Man darf aber nicht vergessen, dass Migration oft auch soziale Spannungen mit sich bringt. Es ist einfacher, Fachkräfte aus demselben Sprach- und Kulturkreis zu rekrutieren, weil die Integration leichter fällt.

Südkorea und Japan hatten über lange Zeiträume kaum Einwanderung. Nun ändert sich auch dort aus der Not heraus das Mindset in der Gesellschaft sowie der Politik und diese Länder öffnen sich mehr für Zuwanderung. Glauben Sie, dass es langfristig aufgrund des demographischen Drucks auch in der Schweiz zu einem Umdenken kommt?

Anreize ändern das Verhalten. Aber solche Prozesse brauchen Zeit. Rückblickend wäre es für Japan und Südkorea wirtschaftlich besser gewesen, sich früher für ausländische Arbeitskräfte zu öffnen. Im Gegensatz zu Japan und Südkorea ist die Schweiz seit Jahrzehnten ein Einwanderungsland.

«Für einen Abgesang auf Europa ist es noch zu früh. Europa lebt von seiner Geschichte und seiner kulturellen Vielfalt.»

Jan-Egbert Sturm

Wie schätzen Sie es ein: Ist ein Beitritt zur EU eine realistische Option für die Schweiz?

Man soll nie nie sagen, aber aus heutiger Sicht kann ich mir nicht vorstellen, dass ein EU-Beitritt in absehbarer Zeit eine politisch realistische Option wird.

Die weltweit führenden Software- und Hardwarefirmen wie Microsoft, Apple, Google, Nvidia, Tencent, Alibaba, Samsung oder TSMC kommen fast ausschliesslich aus den USA oder Asien. Kritiker warnen, dass Europa aufgrund seiner fehlenden Dynamik immer mehr zum rückwärts orientierten «Freilichtmuseum» wird, während die grossen Innovationen in anderen Teilen der Welt stattfinden. Ist diese Kritik berechtigt?

Für einen Abgesang auf Europa ist es noch zu früh. Europa lebt von seiner Geschichte und seiner kulturellen Vielfalt. Der Wohlstand in Europa ist nach wie vor sehr hoch und wird es noch lange bleiben. Europa hat nach wie vor in vielen Bereichen einen komparativen Vorteil. Viele Innovationen stammen aus Europa. Dafür muss man gar nicht so weit in die Geschichte zurückgehen. Die Corona-Impfung zum Beispiel, die auf mRNA-Technologie basiert, wurde von einem deutschen Unternehmen entwickelt. Die derzeit viel diskutierte Abnehmspritze stammt von einer dänischen Firma. Auch im Bereich Digitalisierung und Halbleiter hat Europa mit SAP aus Deutschland und ASML aus den Niederlanden zwei Schwergewichte. Hinzu kommen viele erfolgreiche KMU und Start-ups, auch im Bereich der Künstlichen Intelligenz, wie Mistral aus Frankreich oder Aleph Alpha aus Deutschland. Europa kann selbstbewusst sein und muss sich vor konkurrierenden Wirtschaftsräumen nicht verstecken. Wenn es gelingt, die traditionell gute Ingenieurskunst im Automobil-, Maschinen- und Elektrogerätebau und den Innovationsgeist im Pharma- und Chemiesektor mit neuen digitalen Technologien und Geschäftsmodellen zu verknüpfen, kann Europa im internationalen Wettbewerb neuen Schwung entwickeln und seine alten Stärken weiter ausbauen.

Ansprechpartner

Jan-Egbert Sturm | sturm@kof.ethz.ch
Thomas Domjahn | domjahn@kof.ethz.ch

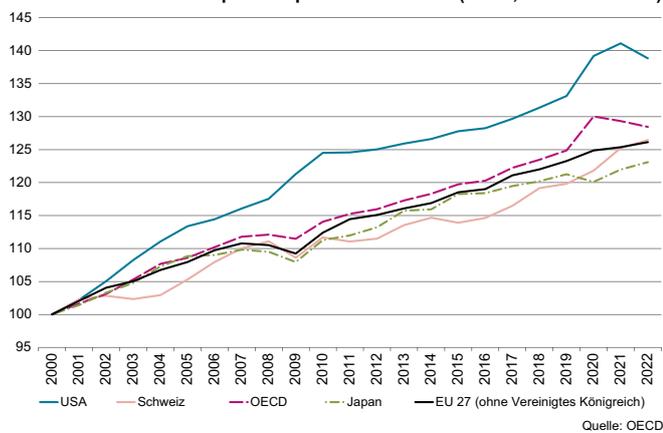
Die EU in der Krise – eine wirtschaftliche Bestandsaufnahme

In der Europäischen Union fehlt es derzeit an konjunktureller Dynamik. Darüber hinaus bremsen der demographische Wandel und ungelöste strukturelle Probleme die wirtschaftliche Entwicklung. Auf die neue EU-Regierung warten nach den Europawahlen im Juni grosse Aufgaben. Die KOF Experten für die internationale Konjunktur haben die Situation in den drei grössten EU-Mitgliedstaaten Deutschland, Frankreich und Italien analysiert.

Die Europäische Union ist mit einer Bevölkerung von 450 Millionen Menschen und einem Bruttoinlandprodukt (BIP) von über 15 Billionen Euro einer der grössten Wirtschaftsräume der Welt und gleichzeitig wichtigster Handelspartner der Schweiz.

Doch Europa fehlt es schon seit längerer Zeit an wirtschaftlicher Dynamik. Das macht vor allem ein Vergleich mit der BIP-Entwicklung pro Arbeitsstunde in den USA deutlich (siehe Grafik G 2). Die Liste der Probleme der europäischen Volkswirtschaften ist lang: Der Widerstand gegen Reformen ist generell hoch, viele strukturelle Probleme sind ungelöst. Beispielsweise hinkt man bei der Digitalisierung hinterher und auf den demographischen Wandel wurde bisher keine adäquate Antwort gefunden. Ausserdem ist die EU aufgrund ihrer Abhängigkeit von russischem Gas deutlich stärker vom Ukraine-Krieg und seinen Folgen betroffen als andere Wirtschaftsräume. Zudem haben viele asiatische Volkswirtschaften wirtschaftlich und technologisch zu Europa aufgeholt. Aktuell bedroht beispielsweise die chinesische Konkurrenz mit günstigen Elektroautos die klassische deutsche und französische Autoindustrie.

G 2: Reales Bruttoinlandprodukt pro Arbeitsstunde (Index, Jahr 2000 = 100)



Vom 6. bis 9. Juni wählen die EU-Bürger und -Bürgerinnen ein neues Parlament. Nach der Europawahl besteht eine der ersten Aufgaben des neu gewählten Parlaments darin, den neuen Präsidenten oder die neue Präsidentin der



Im Juni wählen die EU-Bürger und -Bürgerinnen ein neues Parlament.

Europäischen Kommission zu wählen. Auf die neue EU-Regierung warten grosse Aufgaben. Gleichzeitig hat die Bevölkerung wenig Vertrauen in die etablierte Politik. In vielen Ländern wie Frankreich (Rassemblement National) oder Deutschland (AfD) erreichen rechtspopulistische Parteien hohe Umfragewerte oder haben sogar, wie in Italien (Fratelli d'Italia), die Regierungsmacht erobert.

Wir haben diese komplexe politische und wirtschaftliche Gemengelage vor den Europawahlen zum Anlass genommen, die drei grössten EU-Länder Deutschland (84 Millionen Einwohner), Frankreich (68 Millionen Einwohner) und Italien (59 Millionen Einwohner) genauer unter die Lupe zu nehmen und ihre jeweiligen konjunkturellen und wirtschaftspolitischen Herausforderungen im Detail zu analysieren. Nach dem Brexit stellen diese drei Länder fast die Hälfte der EU-Bevölkerung. Die Analyse ergibt, dass die Konjunktur unter anderem aufgrund der nachlassenden Inflation in der zweiten Jahreshälfte wieder anziehen dürfte, während das Erreichen eines höheren Wachstumspfad vom Gelingen wirtschaftspolitischer Reformen abhängig ist.

Ansprechpartner

Maurizio Daniele | daniele@kof.ethz.ch
 Thomas Domjahn | domjahn@kof.ethz.ch
 Philipp Kronenberg | kronenberg@kof.ethz.ch
 Heiner Mikosch | mikosch@kof.ethz.ch

Deutschland

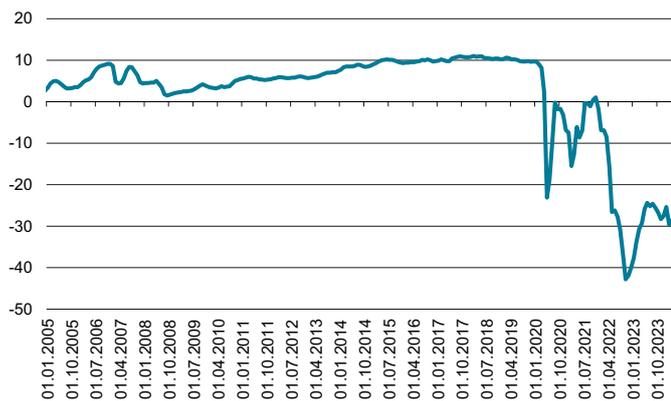
Wie läuft es derzeit konjunkturell in Deutschland?

Die konjunkturelle Schwäche hält in Deutschland weiter an. Ein politisch unsicheres Umfeld, schwache Beschäftigungsabsichten der Unternehmen und vergangene Krisen belasten die Konsumentenstimmung, was zu Konsumzurückhaltung führt. Produzenten von Investitionsgütern leiden unter der restriktiven Geldpolitik, insbesondere in der Automobilindustrie. Die Exportindustrie kann mit der weltwirtschaftlichen Erholung nicht mithalten und die Wettbewerbsfähigkeit bei energieintensiven Gütern hat gelitten. Jedoch wird die Konjunktur voraussichtlich im Laufe des Jahres wieder an Schwung gewinnen, dank normalisierter Inflation, niedrigerer Energiepreise, steigender Reallohne und Aussichten auf sinkende Zinsen.



Das Brandenburger Tor in Berlin. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist gesunken.

G 3: Konsumentenstimmung in Deutschland



Quelle: GfK Konsumklimaindex

Was sind die grossen ökonomisch-strukturellen Herausforderungen für Deutschland derzeit?

Die konjunkturelle Erholung wird voraussichtlich gemässigt ausfallen, da strukturelle Probleme das Wachstumspotenzial schwächen. Deutschland leidet unter demographischer Alterung. Eine positive Nettozuwanderung stützt das Bevölkerungswachstum, verschärft jedoch den qualifikationsbedingten Mismatch am Arbeitsmarkt, der ohnehin unter Arbeitskräftemangel und tiefer Arbeitsproduktivität leidet. Zudem belasten ein hoher Bürokratisierungsgrad und mangelnde Innovation im Technologiebereich die Wirtschaft.

Was sind die grossen (wirtschafts-)politischen Themen für Deutschland?

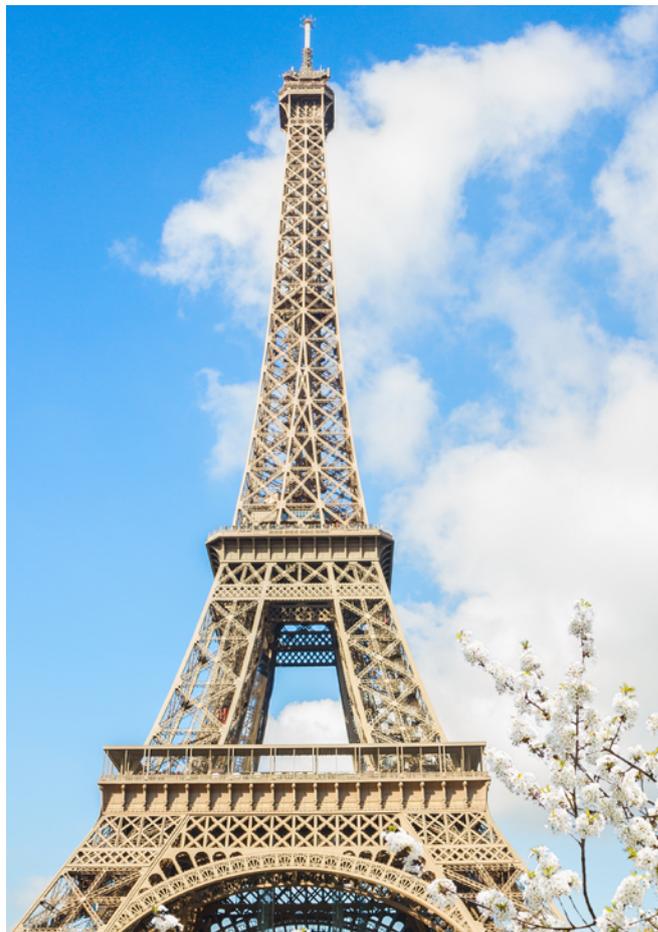
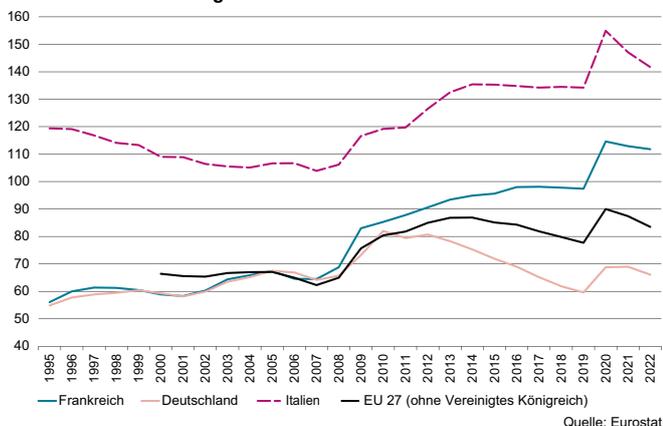
Um die Transformation der deutschen Wirtschaft voranzutreiben, schnürte die deutsche Politik den Klima- und Transformationsfond (KTF). Die Klage des Bundesverfassungsgerichts gegen eine Umbuchung von Pandemiekrediten auf den Transformationsfond sowie die daraus resultierende Haushaltssperre entfachten die Diskussion über eine Revision der Schuldenbremse. Neben der Dekarbonisierung, der Digitalisierung und der Sanierung der öffentlichen Infrastruktur sind auch die bessere Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen, die Revision des Bürgergeldes sowie das Militärbudget Themen, zu denen die Politik Klarheit schaffen muss.

Frankreich

Wie läuft es derzeit konjunkturell in Frankreich?

Wie andere Länder erlebte Frankreich im zweiten Halbjahr 2023 eine konjunkturelle Schwächephase. Der Rückgang der Inflation, Rentenerhöhungen sowie erhöhte Spareinkommen stärken derzeit jedoch die Kaufkraft der Haushalte und dürften den Privatkonsum beleben. Die Investitionen, insbesondere im Bau, dürften aufgrund der restriktiven Geldpolitik auch im ersten Halbjahr 2024 negativ ausfallen. Die Luftfahrtindustrie sticht mit einer positiven Sonderkonjunktur heraus.

G 4: Bruttoverschuldung des Staates in % des BIP



Der Eiffelturm in Paris. Wie andere Länder erlebte Frankreich eine konjunkturelle Schwächephase.

Was sind die grossen ökonomisch-strukturellen Herausforderungen für Frankreich derzeit?

Mit einer Staatsverschuldung von rund 110% des BIP gehört Frankreich zu den Spitzenreitern in Europa. Trotz eines Rückgangs in den vergangenen Jahren ist der Aufwärtstrend ungebrochen. Immerhin wird die Erhöhung der Zinsbelastung im Euroraum für Frankreich aufgrund langer Anleihelaufzeiten erst mittelfristig akut. Die Herausforderung besteht darin, eine nachhaltigere Finanzpolitik zu erreichen, ohne die wirtschaftliche Dynamik auszubremsen und den sozialen Frieden zu gefährden. Bei zwei weiteren Herausforderungen hat die französische Politik klare und innenpolitisch weithin anerkannte Antworten gegeben: Hinsichtlich Klimawandel und der Energiesicherheit setzt man auf Kernkraft; neue Reaktoren sind geplant. Bei der Geo-Industriepolitik ist man – ganz im Sinne des Colbertismus – auf die Subventionierung von Grossinvestitionen ausgerichtet.

Was sind die grossen (wirtschafts-)politischen Themen für Frankreich?

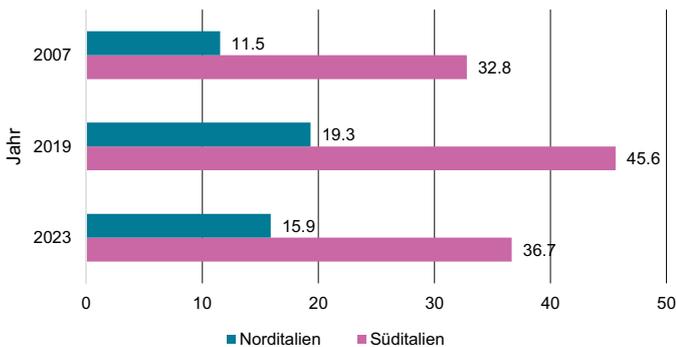
Die Kaufkraft der Haushalte, traditionell ein wichtiges Debattenthema, ist angesichts des vergangenen Inflationssschubs derzeit mehr denn je im Fokus. Zudem bleibt der soziale Ausgleich ein Dauerbrenner. Zwar dürfte die Reformpolitik unter Präsident Emmanuel Macron ein Faktor für das gute wirtschaftliche Abschneiden Frankreichs in den vergangenen Jahren sein. So verzeichnet die Arbeitslosigkeit einen Abwärtstrend und stieg zuletzt trotz der schwachen Konjunktur nur wenig an. Doch hat die wenig konsensuale Durchsetzung der Reformen das Gefühl der Marginalisierung bei verschiedenen Gruppen verstärkt, was wiederkehrend (gewalttätige) Proteste nach sich zieht, so die «Gilets jaunes» im Winter 2018/19, die Demonstrationen gegen eine Erhöhung des Rentenalters im vergangenen Jahr und die kürzlichen Bauernproteste. Damit geht ein Erstarren der extremen Rechten einher, die zudem von identitäts- und sicherheitspolitischen Debatten profitiert.

Italien

Wie läuft es derzeit konjunkturell in Italien?

Die Konjunktur in Italien hat sich zuletzt nur schwach entwickelt. Neben den stark gestiegenen Energiepreisen, die zu einem Nachlassen des privaten Konsums geführt haben, belasten zunehmend restriktive Finanzbedingungen die Investitionsdynamik. Zudem lässt der Wachstumsimpuls aus den Wohnungsbauinvestitionen, die von fiskalischen Subventionen des Superbonus-Programms profitierten, nach. Die Konjunktur wird insbesondere im nächsten Jahr aufgrund einer weiter nachlassenden Inflation, steigender Reallöhne und weniger restriktiven Geldpolitik wieder etwas an Fahrt aufnehmen.

G 5: Jugendarbeitslosigkeit in Italien



Erläuterung: Arbeitslosenquote der 15- bis 24-Jährigen

Quelle: Istat

Was sind die grossen ökonomisch-strukturellen Herausforderungen für Italien derzeit?

Die hohe Staatsverschuldung und das Haushaltsdefizit zählen zu den wichtigsten Herausforderungen Italiens. Mit knapp 140% des Bruttoinlandsprodukts ist die italienische Staatsverschuldung eine der höchsten im Euroraum, schränkt damit die finanzielle Flexibilität der Regierung für notwendige Investitionen ein und belastet den Haushalt mit hohen Zinszahlungen. Strategien, die die Verschuldung reduzieren und gleichzeitig die öffentlichen Dienstleistungen aufrechterhalten, sind dabei unumgänglich, um die Stabilität des Finanzsystems sicherzustellen. Zudem gehören Reformen des Steuersystems, des Arbeitsmarktes und des Unternehmensumfeldes sowie Massnahmen zur Förderung der Digitalisierung zu den weiteren politischen Aufgaben, um die Haushalte und Unternehmen zu entlasten und inländische Investitionen zu fördern.



Der schiefe Turm von Pisa. Demographische Probleme belasten die italienische Wirtschaft.

Was sind die grossen (wirtschafts-)politischen Themen für Italien?

Italien steht vor dem Problem einer alternden Bevölkerung, sinkenden Geburtenraten und einer Abwanderung von Fachkräften, welche zu einer Belastung des Gesundheits- und Rentensystems führen. Weiterhin belasten strukturelle Probleme, zu denen eine ineffiziente Bürokratie, ein langsamer Genehmigungsprozess für Investitionen, eine veraltete Infrastruktur und ein Mangel an technischer Innovation gehören, das langfristige Wachstum. Der effiziente Einsatz der Mittel aus der Aufbau- und Resilienzfazilität, Kernelement des Wiederaufbaufonds NextGenerationEU, wird massgeblich bei der Umsetzung von Strukturreformen sein. Zudem könnte das zunehmende Ungleichgewicht zwischen den Nord- und Südregionen des Landes langfristige Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung und soziale Stabilität haben. Dabei stellt insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit, die im Süden mit etwa 37% mehr als doppelt so hoch wie in den Nordregionen ist, ein Problem dar.

Warum Wahlen auch in starken Demokratien zu Steuerverschwendung führen können

Wenn Politiker oder Politikerinnen einmal im Amt sind, wollen sie an der Macht zu bleiben. In Demokratien können Politiker oder Politikerinnen daher versucht sein, während der Wahlen verschwenderische Ausgaben zu tätigen, um die Wahlberechtigten von ihren wirtschaftlichen Verdiensten zu überzeugen. Eine solche fiskalische Manipulation wird traditionell mit einem uninformatierten Wahlvolk in weniger entwickelten Demokratien in Verbindung gebracht. Eine aktuelle Studie mit Beteiligung der KOF zeigt jedoch, dass Fiskalmanipulationen weiter verbreitet und komplexer sind.

«Die Demokratie kann nur dann erfolgreich sein, wenn diejenigen, die ihre Wahl treffen, darauf vorbereitet sind, weise zu wählen. Der wahre Schutz der Demokratie ist daher die Bildung ... jeden Bürger darauf vorzubereiten, klug zu wählen, und ihn in die Lage zu versetzen, frei zu wählen, sind die vorrangigen Aufgaben der Schulen in einer Demokratie.»

- Franklin D. Roosevelt

Ein typisches Argument in der Literatur zur fiskalischen Manipulation ist, dass Amtsinhaber und Amtsinhaberinnen versteckte fiskalische Ausgaben tätigen, um uninformierte Wähler und Wählerinnen von ihrer Kompetenz zu überzeugen. Theoretisch sollte eine solche staatliche Manipulation vor allem in Entwicklungsländern mit schwachen Demokratien vorkommen und gut funktionieren, nicht aber in entwickelten und demokratischen Ländern mit starken Institutionen. Dennoch werden in der empirischen Literatur solche Zyklen auch in starken Demokratien beobachtet, wenn auch in etwas abgeschwächter Form.

Eine Studie von KOF Ökonom Lamar Crombach und Frank Bohn (Radboud University) beschreibt, dass fiskalische Manipulationen auf zwei Arten wirksam sein können. Erstens muss es gelingen, einen Teil des Wahlvolks davon zu überzeugen, dass der Amtsinhaber oder die Amtsinhaberin kompetenter ist, als dies tatsächlich der Fall ist. Diese Art von Wählern oder Wählerinnen, die oft als uninformierte Wähler oder Wählerinnen bezeichnet werden, sind notwendig, damit ein gewisses Mass an fiskalischer Manipulation wirksam ist. Umgekehrt sind informierte Wähler und Wählerinnen in der Lage, zwischen finanzieller Manipulation und tatsächlicher Kompetenz zu unterscheiden. Wären alle Wähler und Wählerinnen informiert, würde die fiskalische Manipulation Kosten verursachen, ohne dass ein

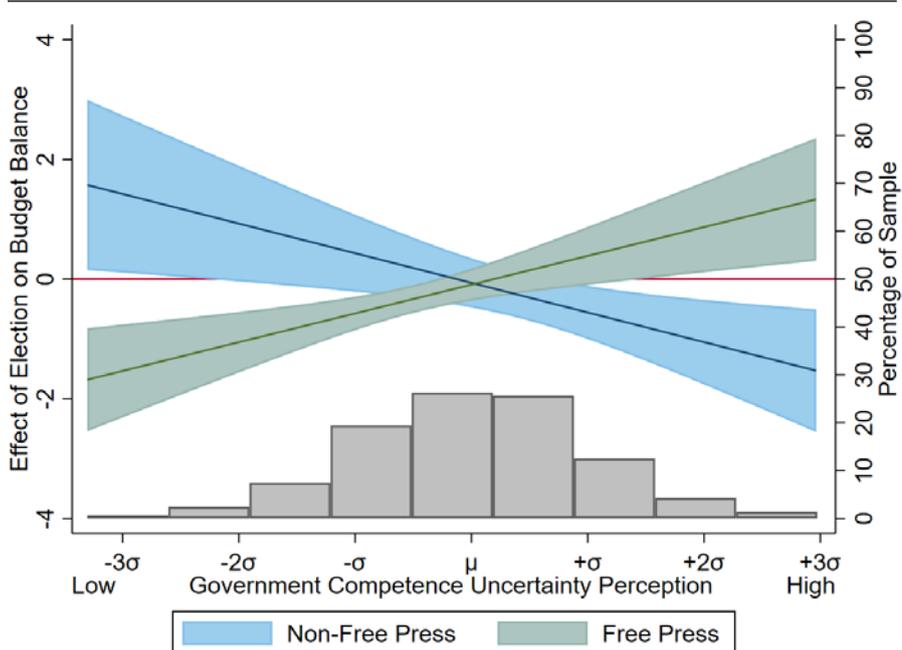


Wahlgewinn erzielt würde. Der Anteil der uninformatierten Wähler und Wählerinnen stellt somit die Reichweite der fiskalischen Manipulation dar. Je höher die Reichweite, desto wirksamer ist die Manipulation.

Der optimale Grad der fiskalischen Manipulation hängt entscheidend von der wirtschaftlichen Stabilität eines Landes ab

Die zweite Art der Effektivität, die in dieser Studie einzigartig ist, ist die Überzeugungskraft der finanzpolitischen Manipulation. Während uninformierte Wähler und Wählerinnen für fiskalische Manipulationen empfänglich sind, reicht ein bestimmtes Mass an Manipulation möglicherweise nicht aus, um einen uninformatierten Wähler oder eine uninformierte Wählerin davon zu überzeugen, für den Amtsinhaber oder die Amtsinhaberin zu stimmen. Die Studie argumentiert, dass das notwendige Mass an fiskalischer Manipulation, um einen uninformatierten Wähler oder

G 6: Ausmass der Steuerverschwendung nach Volatilität und Informiertheit der Wähler



Die Grafik zeigt den marginalen Effekt eines Wahljahres auf den Haushaltssaldo (in % des BIP) für verschiedene Werte der Wahrnehmung der Kompetenzunsicherheit der Regierung und des Niveaus der Pressefreiheit. Das graue Histogramm zeigt die Verteilung von $GCUP_{T-2-T-5}$. Die vertikale Achse auf der rechten Seite zeigt den Prozentsatz der Beobachtungen für jeden Wert von GCUP. GCUP ist der natürliche Logarithmus der rollierenden 4-Jahres-Standardabweichung des realen Pro-Kopf-Wirtschaftswachstums. Die horizontale Achse zeigt den Durchschnitt (μ) und die Standardabweichung (σ) von GCUP. Die farbigen Bereiche um die marginalen Effekte geben die 95%-Konfidenzintervalle an. Wenn sich ein Konfidenzintervall mit der horizontalen roten Linie schneidet, gibt es keinen signifikanten Wahljahreseffekt.

Quelle: Crombach & Bohn (2024)

eine uninformierte Wählerin zu überzeugen, entscheidend von der wirtschaftlichen Stabilität eines Landes abhängt. In einem instabilen Umfeld haben die Amtsinhaber und Amtsinhaberinnen Schwierigkeiten, sich von ihren Gegnern und Gegnerinnen zu unterscheiden, da das Wahlvolk die wirtschaftlichen Verdienste des Amtsinhabers oder der Amtsinhaberin im Vergleich zu den Herausforderern nur schwer einschätzen können. Die Amtsinhaber und Amtsinhaberinnen können sich nur durch ein relativ hohes Mass an fiskalischer Manipulation abheben.

Umgekehrt kann ein Amtsinhaber oder eine Amtsinhaberin in einem stabilen Umfeld mit nur geringen Manipulationen kompetenter erscheinen. Je stabiler also die wirtschaftliche Lage eines Landes ist, desto überzeugender sind die Manipulationen des Amtsinhabers oder der Amtsinhaberin. Fiskalische Ausgaben während der Wahlen sind daher am effektivsten, wenn sie eine grosse Anzahl von Wählern und Wählerinnen überzeugen können, was der Fall ist, wenn viele Wähler und Wählerinnen nicht informiert sind und als Folge der Instabilität unsicher über die Kompetenz des Amtsinhabers oder der Amtsinhaberin sind.

Der Grad der Uninformiertheit eines Wahlvolkes wird traditionell anhand der Indikatoren wie Bildung, Transparenz der Regierung und – wie in dieser Studie – des Grades der Pressefreiheit gemessen. Die Überzeugungskraft von Steuerausgaben ist komplexer und ohne empirischen Präzedenzfall. Die Forscher argumentieren, dass den Wählern und Wählerinnen die wirtschaftlichen Bedingungen sehr wichtig sind und sie diese als Indikator für die Kompetenz der Regierung ansehen. Um die Überzeugungskraft zu messen, verwenden die Forscher die historische Volatilität des Wirtschaftswachstums. In Ländern mit schwankenden Wachstumsraten haben die Wähler und Wählerinnen Schwierigkeiten, die relativen wirtschaftlichen Verdienste des Amtsinhabers oder der Amtsinhaberin zu beurteilen. Ein Amtsinhaber oder eine Amtsinhaberin bräuchte ein aussergewöhnliches Mass an fiskalischer Manipulation, um sich zu differenzieren.

Demokratische Länder mit starken Institutionen haben relativ wenige uninformierte Wähler und Wählerinnen, aber die Ausgaben sind relativ überzeugend

In stabilen Ländern hingegen überzeugt eine kleine Verbesserung gegenüber dem Status quo viele uninformierte Wähler und Wählerinnen. Das heisst, obwohl es in entwickelten und demokratischen Ländern mit starken Institutionen relativ wenige uninformierte Wähler und Wählerinnen gibt, wird ein niedriges Ausgabenniveau aufgrund ihrer Stabilität relativ überzeugend sein. Umgekehrt gibt es in Entwicklungsländern mit schwachen Demokratien zwar viele uninformierte Wähler und Wählerinnen, aber ein unbeständiges Umfeld macht es dem Amtsinhaber oder der Amtsinhaberin schwer, sich von der Konkurrenz abzuheben.

Grafik G 6 fasst das empirische Ergebnis auf der Grundlage von 70 Demokratien im Zeitraum von 1986 bis 2015 zusammen. Die vertikale Achse misst den Anteil des Bruttoinlandsprodukts (BIP), der in einem Wahljahr im Vergleich zu einem Nicht-Wahljahr zusätzlich eingespart (+) oder ausgegeben (-) wird. Die horizontale Achse misst den relativen Grad der Volatilität des Wirtschaftswachstums der Länder. Beispielsweise zeigt -2σ das Ergebnis für alle Länder, die zwei Standardabweichungen weniger volatil sind als das Durchschnittsland (μ). Die blaue Linie zeigt die Auswirkung einer Wahl auf den Haushaltssaldo für verschiedene Volatilitätsniveaus in Ländern ohne volle Pressefreiheit, während die grüne Linie dasselbe für alle Länder mit voller Pressefreiheit zeigt.

Die Autoren kommen zum Schluss, dass ein Anstieg des Anteils uninformierter Wähler und Wählerinnen (von der grünen Linie, der Auswirkung von Wahlen auf den Haushaltssaldo in Ländern mit Pressefreiheit, zur blauen Linie, der Auswirkung von Wahlen ohne Pressefreiheit) die Haushaltsausgaben in volatileren Volkswirtschaften verschlimmert, während eine eingeschränkte Pressefreiheit diese Ausgaben in stabilen Volkswirtschaften senkt. Für die durchschnittliche Makroökonomie hat die Pressefreiheit keinen Einfluss auf fiskalische Manipulationen.

Besser informierte Wähler und Wählerinnen führen nicht zwangsläufig zu einer umsichtigen Haushaltsführung

Insgesamt zeigt die Studie, dass ein besser informiertes Wahlvolk nicht immer zu einer umsichtigen Haushaltspolitik in Wahljahren führt. In Demokratien mit stabilen Wachstumsraten sind solche Steuerausgaben sehr überzeugend. Es bedarf nur einer kleinen Manipulation, um einen uninformierten Wähler oder eine uninformierte Wählerin von den wirtschaftlichen Vorzügen des Amtsinhabers oder der Amtsinhaberin zu überzeugen. Wenn also der Anteil der uninformierten Wähler und Wählerinnen steigt, kann es für den Amtsinhaber oder die Amtsinhaberin optimal sein, die Steuerausgaben zu senken, da er oder sie mit mehr uninformierten Wählern und Wählerinnen und weniger Ausgaben die gleiche Wahrscheinlichkeit der Wiederwahl erreichen kann. Schliesslich zeigt die Theorie zwar, dass ein Anstieg des Anteils der uninformierten Wähler und Wählerinnen in stabilen Demokratien zu weniger verschwenderischen Ausgaben führt, aber er ermöglicht es auch einem inkompetenten Amtsinhaber oder einer inkompetenten Amtsinhaberin, wiedergewählt zu werden: ein unattraktives Unterfangen.

Literatur

Crombach, L. & F. Bohn (2024): Uninformed voters with (im)precise expectations: Explaining political budget cycle puzzles. *Economics & Politics*, 36(1), 275-311.
<https://doi.org/10.1111/ecpo.12237>

Ansprechpartner

Lamar Crombach | crombach@kof.ethz.ch

KOF Konjunkturumfragen: Schwieriges Fahrwasser für die Schweizer Konjunktur beruhigt sich

Der KOF Geschäftslageindikator für die Schweizer Privatwirtschaft, der aus den KOF Konjunkturumfragen berechnet wird, steigt im April leicht (siehe Grafik G 7). Im Verarbeitenden Gewerbe entspannt sich die Geschäftslage, während sie sich im Baugewerbe etwas eintrübt. Die Inflationserwartungen der Unternehmen sinken und vom privaten Konsum könnten Impulse für die Schweizer Konjunktur ausgehen.

Im April ist insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe eine Entspannung der aber nach wie vor ungünstigen Geschäftslage zu verzeichnen. Zudem bessert sich die Geschäftslage bei den Finanz- und Versicherungsdienstleistern und im Detailhandel. Im Detailhandel ist dies bereits der dritte leichte Anstieg des Geschäftslageindicators in Folge. Eine graduelle Aufhellung melden auch die Unternehmen im Bereich übrige Dienstleistungen (siehe Tabelle T 1).

Demgegenüber trübt sich die Geschäftslage in den mit der Bautätigkeit verbundenen Bereichen Projektierung und Baugewerbe etwas und in den Sektoren Gastgewerbe und Grosshandel deutlich ein. Die Besserung im Detailhandel, im Verarbeitenden Gewerbe und hier insbesondere in der Konsumgüterproduktion sowie die zwar abgeschwächte, aber weiterhin insgesamt gute Geschäftslage im Gastgewerbe deuten zusammengenommen darauf hin, dass vom privaten Konsum Impulse für die Schweizer Konjunktur ausgehen könnten.

Inflationssorgen lassen bei den Unternehmen nach

Die Unternehmen rechnen mit einer gemässigten weiteren Entwicklung der allgemeinen Konsumentenpreis-inflation in der Schweiz. Hinsichtlich der Entwicklung in den nächsten zwölf Monaten resultiert aus den Unternehmensmeldungen im Durchschnitt eine Inflationserwartung von 1.6%. Im Januar waren die Erwartungen für diesen Zeithorizont mit 1.9% erstmals wieder unter die 2%-Marke gesunken. Im April 2023 wurde mit einer Inflationsrate von 2.6% in den nächsten zwölf Monaten gerechnet. Auch mit Blick auf einen erweiterten Zeithorizont, die Inflationsrate in fünf Jahren, sinken die Erwartungen der Unternehmen auf einen Durchschnittswert von 1.9% und damit im April erstmals wieder unter die 2%-Marke.

Was die Preispolitik der Unternehmen bezüglich ihrer eigenen Verkaufspreise anbelangt, so ebbt der Preisauftrieb, der zu Jahresbeginn auflebte, wieder ab. Bei den Unternehmen hat der Druck auf die Ertragslage abgenommen. Die

T 1: KOF Geschäftslage Schweiz (Salden, saisonbereinigt)

Wirtschaftsbereich	Apr 23	Mai 23	Jun 23	Jul 23	Aug 23	Sep 23	Okt 23	Nov 23	Dez 23	Jan 24	Feb 24	Mär 24	Apr 24
Privatwirtschaft (Gesamt)	23.0	20.7	21.3	17.3	17.9	16.9	13.7	14.7	14.3	13.1	13.8	11.7	12.7
Verarbeitendes Gewerbe	5.7	-1.5	-1.5	-7.2	-3.4	-6.7	-15.4	-11.3	-13.2	-17.8	-18.7	-22.3	-16.5
Bau	46.6	41.2	45.2	41.9	42.9	43.3	43.5	42.0	42.5	41.7	40.9	40.8	39.6
Projektierung	55.1	50.4	56.0	54.5	55.4	55.2	57.4	51.5	51.4	51.2	51.7	50.4	47.9
Detailhandel	11.4	7.8	7.6	11.2	11.2	8.1	7.0	8.9	6.2	5.5	7.1	8.7	9.4
Grosshandel	39.1			20.6			15.4			10.2			1.2
Finanzdienste	41.9	40.7	42.8	43.1	40.8	39.7	45.7	47.4	48.3	48.0	55.4	44.0	48.4
Gastgewerbe	25.9			25.3			15.8			14.6			4.8
Übrige Dienstleister	17.7			16.2			15.0			16.9			18.3

Antworten auf die Frage: Wir beurteilen unsere Geschäftslage als gut/befriedigend/schlecht. Der Saldowert ist der Prozentanteil „gut“-Antworten minus dem Prozentanteil „schlecht“-Antworten.

G 7: KOF Geschäftslageindikator

(Saldo saisonbereinigt)



Unternehmen gehen von einer Steigerung der von ihnen im Durchschnitt gezahlten Bruttolöhne um 1.6% in den nächsten zwölf Monaten aus. Damit sind die Lohnerwartungen niedriger als im Januar (1.8%) und stehen vom Durchschnittswert her auf einer Stufe mit den Inflationserwartungen der Unternehmen.

Wettbewerbssituation im Verarbeitenden Gewerbe verbessert sich

Im Verarbeitenden Gewerbe ist die Geschäftslage nicht mehr ganz so negativ wie im März. Insbesondere bei den exportorientierten Unternehmen entspannt sich die Lage. Während die Konsumgüterhersteller deutlich aufatmen, befinden sich die Investitionsgüterproduzenten aber weiter auf Talfahrt. Der Druck auf die Wettbewerbsposition lässt sowohl im Inland als auch auf den ausländischen Märkten nach. Dementsprechend entwickelt sich die Ertragslage auch nicht mehr ungünstig. Die Unternehmen rechnen damit, dass sich die Nachfrage nach ihren Produkten sowohl aus dem In- als auch aus dem Ausland zeitnah belebt.

Die baunahen Wirtschaftsbereiche verlieren an Schwung

In den mit der Bautätigkeit verbundenen Bereichen Projektierung und Baugewerbe ist die Geschäftslage seit einigen Monaten auf dem Rückzug. In beiden Wirtschaftsbereichen steigt die Nachfrage eher langsamer als bisher. Die Ertragslageentwicklung ist aber weiterhin günstig und auch für die nächste Zeit wird zwar mit einer schwächeren,

aber nicht mit einer negativen Entwicklung gerechnet. Im Baugewerbe ist die Kapazitätsauslastung gesunken, sie ist aber weiterhin knapp überdurchschnittlich. Eine Zunahme der Bauproduktion wird für die nahe Zukunft nicht erwartet, die Planungen sind aber nicht mehr so negativ wie zuvor. Die Klagen über eine mangelnde Nachfrage nehmen zu. Die Projektierungsbüros gehen von einer langsameren Ausweitung ihrer Leistungserbringung in den kommenden Monaten aus als bis anhin. Zwar ist die Zeitspanne, für die der vorhandene Auftragsvorrat ausreicht, jüngst wieder gestiegen. Bei den neu abgeschlossenen Verträgen steigen die Bausummen aber nicht mehr.

Im Detailhandel entspannt sich die Situation im Frühjahr

Im Detailhandel verbessert sich die Geschäftslage im April bereits den dritten Monat in Folge. Insbesondere die Supermärkte und Warenhäuser sowie der Detailhandel mit Datenverarbeitungsgeräten und Software sind derzeit im Aufwind. Dagegen kühlt sich die Lage im Versandhandel und in Bereichen des Detailhandels, die ohne Verkaufsräume arbeiten, stark ab. Insgesamt entwickelt sich der Warenabsatz im Detailhandel nicht mehr so negativ wie zuvor. Auch der Druck auf die Ertragslage lässt erheblich nach. Die Preisplanungen der Unternehmen sehen weiterhin nur vereinzelt Anhebungen vor. Bezüglich der weiteren Umsatzentwicklung sind die Befragungsteilnehmenden zuversichtlich, allerdings nicht mehr ganz so optimistisch wie im Vormonat und im April vor einem Jahr.

Im Grosshandel trübt sich die Geschäftslage weiter ein. Zwar sinkt der Geschäftslageindikator sowohl im Grosshandel mit Konsumgütern als auch im Grosshandel mit Waren für die Produktionsbetriebe, doch ist vor allem in Letzterem die Lage ungünstig. So gibt etwa der Lageindikator im Grosshandel mit Maschinen und Ausrüstungsgütern sehr deutlich nach.

Im Gastgewerbe schwächt sich die Geschäftslage verbreitet ab

Im Gastgewerbe gibt der Geschäftslageindikator erneut nach. Die Geschäftslage ist nun ähnlich gut wie vor der Pandemie und nicht mehr so überschäumend wie zwischen dem zweiten Halbjahr 2022 und weiten Teilen des Jahres 2023. Die Eintrübung erfasst sowohl das Beherbergungsgewerbe als auch die Gastronomie. Auch sind alle Tourismuszonen betroffen, die Berggebiete, die Seegebiete und die grossen Städte. Im Vergleich zum Vorjahr kann der Umsatz kaum noch gesteigert werden. Auch die Ertragslage verbessert sich per saldo nicht mehr weiter. Nachdem die Anzahl von Logiernächten von einheimischen Gästen seit geraumer Zeit nicht mehr steigt, nehmen nun auch die Übernachtungen von ausländischen Gästen seltener zu. Ein Mangel an Nachfrage gewinnt als Hemmnisfaktor in der Gastronomie an Bedeutung, während der Personal-mangel an Gewicht verliert.

Die Lage der Finanz- und Versicherungsdienstleister hellt sich wieder auf

Im Wirtschaftsbereich Finanz- und Versicherungsdienstleistungen hellt sich die Geschäftslage nach einer Eintrübung im Vormonat wieder etwas auf. In ihren Erwartungen bezüglich der Geschäftsentwicklung im kommenden halben Jahr sind die Umfrageteilnehmenden zudem zuversichtlicher als bisher. Die Ertragsentwicklung hat aber insbesondere bei den Banken jüngst an Schwung eingebüsst. Bei den Versicherungen war sie dagegen günstiger als bis anhin. Nach Ansicht der Bankinstitute verbessert sich die Bonität der Privatkunden und die der Firmenkunden verschlechtert sich kaum mehr. Dennoch rechnen sie gerade im Firmenkundengeschäft mit einer schleppenden Vergabe neuer Kredite.

Die Geschäftslage der übrigen Dienstleister erholt sich leicht

Im Wirtschaftsbereich übrige Dienstleistungen verbessert sich die Geschäftslage im April geringfügig. Im Gegenzug sind allerdings die Erwartungen der Unternehmen hinsichtlich der Geschäftsentwicklung in den kommenden



sechs Monaten leicht zurückhaltender als bisher. Obwohl die Nachfrage jüngst angezogen hat, bleibt die Kapazitätsauslastung nahezu unverändert. Die Zahl der Mitarbeitenden wird von den Befragungsteilnehmenden nicht mehr so häufig als zu klein beurteilt wie bisher. Im Teilbereich persönliche Dienstleistungen ist derzeit sogar per saldo keine Personalausweitung mehr geplant. Die Ertragslage der Unternehmen entwickelte sich in den vergangenen drei Monaten aber wieder positiv. Insbesondere die wirtschaftlichen Dienstleistungen melden eine günstige Entwicklung.

In die Ergebnisse der KOF Konjunkturumfragen vom April 2024 sind die Antworten von etwa 4500 Unternehmen aus dem Verarbeitenden Gewerbe, dem Baugewerbe und den wichtigsten Dienstleistungsbereichen eingeflossen. Dies entspricht einer Rücklaufquote von etwa 61%.

Die detaillierten Ergebnisse der KOF Konjunkturumfragen (inklusive Tabellen und Grafiken) finden Sie auf unserer Webseite:

<https://kof.ethz.ch/news-und-veranstaltungen/medien/medienmitteilungen.html>

Ansprechpartner

Klaus Abberger | abberger@kof.ethz.ch

KOF INDIKATOREN

KOF Beschäftigungsindikator: Abnahmetrend setzt sich auch im zweiten Quartal 2024 fort

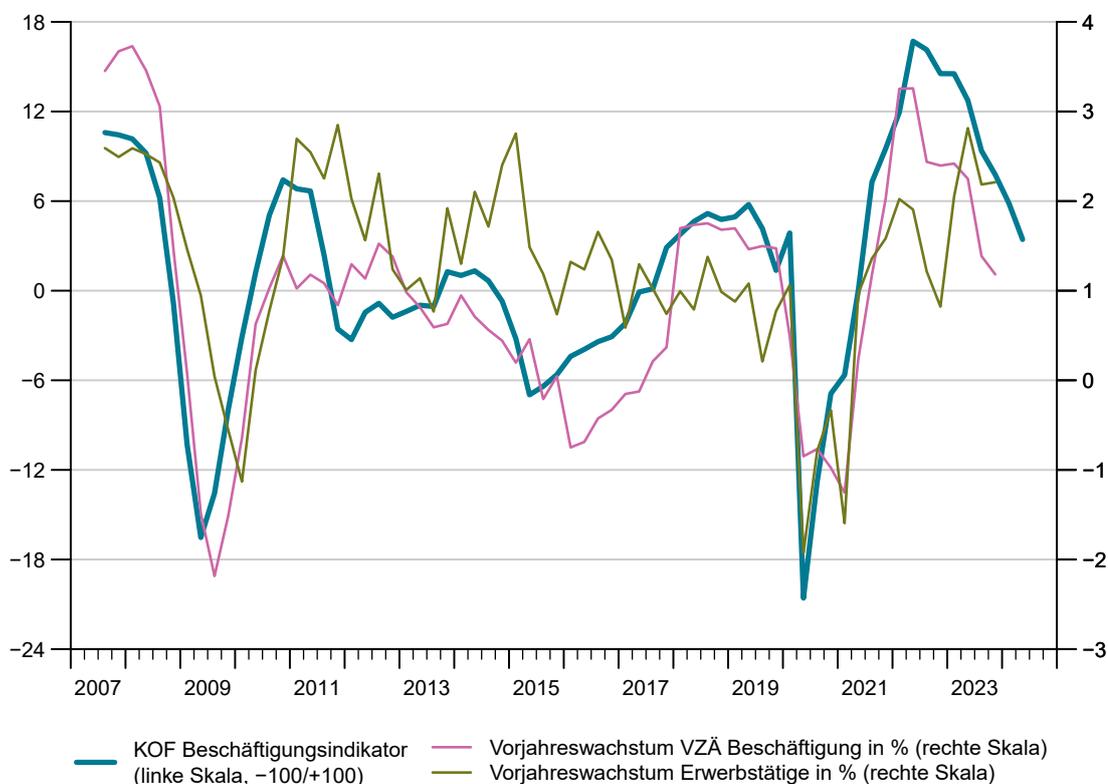
Der KOF Beschäftigungsindikator verzeichnet im zweiten Quartal 2024 eine weitere Abnahme gegenüber dem Vorquartal (siehe Grafik G 8). Besonders deutlich zeigen sich die verschlechterten Beschäftigungsaussichten im Verarbeitenden Gewerbe und in der Bankbranche. Insgesamt nähert sich der Indikator seinem langjährigen Mittelwert an.

Im zweiten Quartal 2024 verzeichnet der KOF Beschäftigungsindikator einen Rückgang auf 3.4 Punkte nach 5.9 Punkten im ersten Quartal 2024 (revidiert von 7.5 Punkten). Seit seinem historischen Höchststand Mitte 2022 zeigt der Indikator einen rückläufigen Trend und bewegt sich langsam in Richtung des langjährigen Mittelwerts von 1.5 Punkten. Dennoch liegt der Indikator weiterhin im positiven Bereich und die Mehrheit der Unternehmen rechnet

mit einem Personalaufbau anstatt -abbau. Damit präsentiert sich die Lage auf dem Schweizer Arbeitsmarkt auch im zweiten Quartal 2024 positiv (siehe Tabelle T 2).

Der KOF Beschäftigungsindikator basiert auf den vierteljährlichen Konjunkturumfragen der KOF. Die Auswertungen für das zweite Quartal 2024 beruhen auf den Antworten von etwa 4500 Unternehmen, die im April zu ihren

G 8: KOF Beschäftigungsindikator, Beschäftigung und Erwerbstätige
(VZÄ Beschäftigung und Erwerbstätigenzahl gem. BFS)



T 2: Entwicklung des Indikators

Zeitraum	Aktueller Indikatorwert	Wert vor einem Quartal
2. Quartal 2022	16.7	16.5
3. Quartal 2022	16.1	16.0
4. Quartal 2022	14.5	14.7
1. Quartal 2023	14.5	14.9
2. Quartal 2023	12.7	12.4
3. Quartal 2023	9.4	9.2
4. Quartal 2023	7.8	8.0
1. Quartal 2024	5.9	7.5
2. Quartal 2024	3.4	

Beschäftigungsplänen und -erwartungen befragt wurden. Per saldo beurteilt eine Mehrheit der teilnehmenden Firmen den gegenwärtigen Bestand an Beschäftigten nach wie vor als zu niedrig. Zudem ist Anteil der Firmen, welche die Zahl an Mitarbeitenden in den nächsten drei Monaten erhöhen möchten, leicht höher als der Anteil derer, die einen Beschäftigungsabbau planen.

Negative Aussichten in der Industrie und bei den Banken

Im Branchenvergleich sind die Aussichten im Verarbeitenden Gewerbe am düstersten. Eine Mehrheit der teilnehmenden Firmen der Branche schätzt den gegenwärtigen Bestand an Beschäftigten als zu hoch ein und plant in den nächsten Monaten einen Beschäftigungsabbau. Seit dem vorigen Quartal ist der Indikator weiter gesunken und liegt nun mit –15 Punkten beinahe so tief wie zu Beginn der Coronapandemie 2020. Auch in der Bankbranche zeigt der KOF Beschäftigungsindikator gegenüber dem Vorquartal einen deutlichen Rückgang und befindet sich nun im negativen Bereich – die Zahl der Firmen, die eher mit einem Stellenabbau rechnen, überwiegt per saldo. In den übrigen Branchen blieb der KOF Beschäftigungsindikator stabil oder sank nur leicht.

Hier finden Sie weitere Informationen zum Indikator und dessen Methodik sowie die Daten des Indikators zum Herunterladen:

www.kof.ethz.ch/prognosen-indikatoren/indikatoren/kof-beschaefigungsindikator

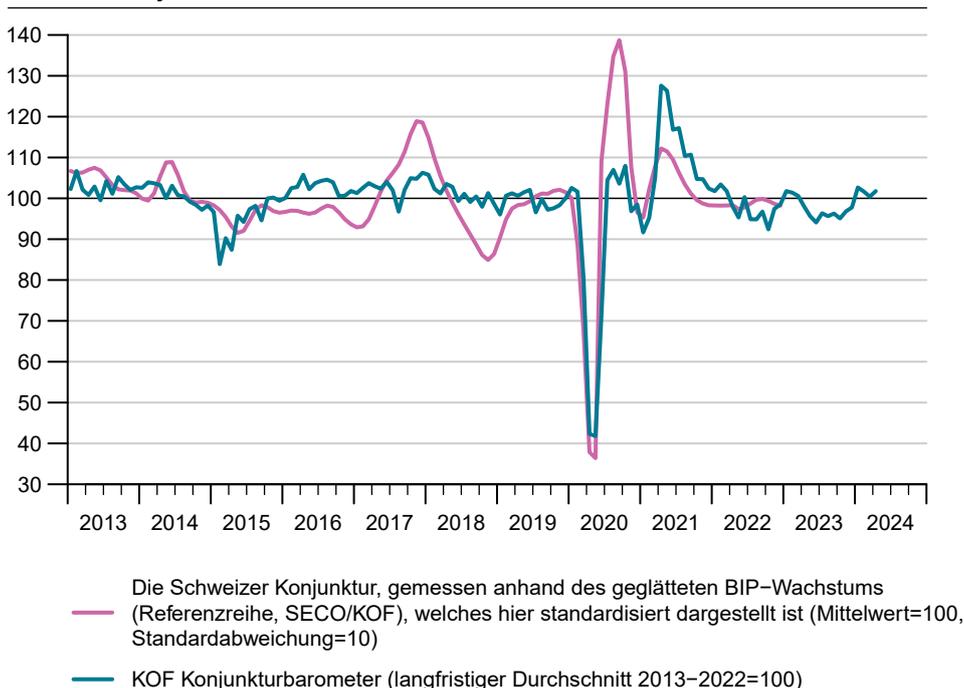
Ansprechpartner

Justus Bamert | bamert@kof.ethz.ch

KOF Konjunkturbarometer: Leichte Erholung im April

Das KOF Konjunkturbarometer steigt im April, nachdem es zuvor zwei Monate in Folge gesunken war (siehe Grafik G 9). Mit dem Anstieg setzt sich das Barometer im leicht überdurchschnittlichen Bereich fest. Die Schweizer Konjunktur ist robust, starke Impulse sind aber derzeit nicht in Sicht.

G 9: KOF Konjunkturbarometer und Referenzreihe



Das KOF Konjunkturbarometer klettert im April um 1.4 Zähler nach oben, auf einen Stand von 101.8 Punkten (von revidiert 100.4 im März). Die Perspektiven bessern sich für die Mehrzahl der im Barometer erfassten Teilaspekte. Insbesondere die Indikatoren für die Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, für das Verarbeitende Gewerbe und den privaten Konsum legen zu. Leicht ungünstiger als im März sind die Aussichten für das Baugewerbe und das Gastgewerbe.

Im Produzierenden Gewerbe (Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe) entwickeln sich die Indikatoren für die Produktionstätigkeit und die allgemeine Geschäftslage besonders günstig. Dagegen bremsen speziell die Indikatoren für die Auslastung der Maschinen und Geräte sowie für die Vorproduktlager bzw. für den Einkauf von Vorleistungsgütern.

Innerhalb der Branchen des Verarbeitenden Gewerbes ist die Entwicklung sehr uneinheitlich. Positiv fallen die Chemie- und Pharmaindustrie sowie der Maschinenbau auf, negativ die Nahrungs- und Genussmittelhersteller wie auch die Textil- und Bekleidungsindustrie.

Mehr Informationen zur Interpretation des KOF Konjunkturbarometers finden Sie auf unserer Webseite: <http://www.kof.ethz.ch/prognosen-indikatoren/indikatoren/kof-konjunkturbarometer.html/>

Ansprechpartner

Klaus Abberger | abberger@kof.ethz.ch

AGENDA

KOF Veranstaltungen

KOF Research Seminar:

www.kof.ethz.ch/news-und-veranstaltungen/event-calendar-page/kof-research-seminar →

KOF-ETH-UZH International Economic Policy Seminar:

www.kof.ethz.ch/news-und-veranstaltungen/event-calendar-page/kof-eth-uzh-seminar →

Konferenzen/Workshops

Sie finden aktuelle Konferenzen und Workshops unter folgendem Link:

www.kof.ethz.ch/news-und-veranstaltungen/event-calendar-page →

KOF Medienagenda

Hier finden Sie unsere medienrelevanten Termine:

www.kof.ethz.ch/news-und-veranstaltungen/medien/medienagenda →

KOF Publikationen

Bei uns auf der Webseite finden Sie die vollständige Liste aller KOF Publikationen (KOF Analysen, KOF Working Papers und KOF Studien).

www.kof.ethz.ch/publikationen →

Impressum

Herausgeberin	KOF Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich
Direktor	Prof. Dr. Jan-Egbert Sturm
Redaktion	Dr. Thomas Domjahn, Wanja Meier
Layout	Vera Degonda, Nicole Koch
Bilder	©KOF, Vera Degonda /generiert mit Midjourney (Titelbild und Seite 2) ©artjazz – stock.adobe.com (Seite 6) ©elxeneize – stock.adobe.com (Seite 7) ©neirfy – stock.adobe.com (Seite 8) ©schulzfoto – stock.adobe.com (Seite 9) ©dusanpetkovic1 – stock.adobe.com (Seite 14)

Postadresse	LEE G 116, Leonhardstrasse 21, 8092 Zürich
Telefon	+41 44 632 42 39
E-Mail	bulletin@kof.ethz.ch
Website	www.kof.ethz.ch

ISSN 1662-4262 | Copyright © ETH Zürich, KOF Konjunkturforschungsstelle, 2024
Weiterveröffentlichung (auch auszugsweise) ist nur mit Bewilligung des Herausgebers und unter Quellenangabe gestattet.

Kundenservice

Das KOF Bulletin ist ein kostenloser Service und informiert Sie monatlich per E-Mail über das Neuste aus der Konjunktur, über unsere Forschung und über wichtige Veranstaltungen.

Anmelden: www.kof.ethz.ch/kof-bulletin →

Für frühere KOF Bulletins besuchen Sie unser Archiv:
www.kof.ethz.ch/news-und-veranstaltungen/news/kof-bulletin/kof-bulletin/archiv-2015-2010.ch →

Besuchen Sie uns unter: www.kof.ethz.ch →

Sie können über den KOF-Datenservice Zeitreihen aus unserer umfangreichen Datenbank beziehen:
www.kof.ethz.ch/datenservice →

Nächster Publikationstermin: 7. Juni 2024

KOF

ETH Zürich
KOF Konjunkturforschungsstelle
LEE G 116
Leonhardstrasse 21
8092 Zürich

Telefon +41 44 632 42 39
www.kof.ethz.ch
#KOFETH

